

Das spannende Jahr 1982: Kanzlersturz in Bonn und Oberbürgermeisterwahl in Freiburg*

Von
HANS-GEORG MERZ

Bonn, 1. Oktober 1982: Im Zuge der ersten erfolgreichen Praktizierung des sogenannten „konstruktiven Misstrauensvotums“ nach Art. 67 GG in der Geschichte der Bundesrepublik wurde der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt gestürzt und der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl zu seinem Nachfolger gewählt. Bereits im Frühjahr 1982 wollte Schmidt offensichtlich Mitglieder seines Kabinetts auf „die Zeit danach“ einstimmen – mit einem Witz: Selbst Ruheständler auf Sylt habe er einen ebenfalls beschäftigungslosen Staatsminister getroffen: „Als dieser ihm berichtete, er schreibe jeden Tag, um sich die viele Freizeit zu vertreiben, zwei bis drei Seiten aus dem Telefonbuch ab, bittet ihn Schmidt: ‚Ach, könntest du mir die nicht abends zur Unterschrift vorlegen?‘“¹

Ganz so schlimm kam es freilich nicht, weder für frühere Kabinettsangehörige noch für den Ex-Kanzler selbst. In der nüchternen Sprache des Staatsrechts und der Politikwissenschaft: Bei einigen Politikern folgte nämlich auf die „Reprobation“ aus dem bisherigen Amt vergleichsweise rasch die „Approbation“ für eine andere Position – wenngleich auf einer bisweilen anderen politischen Ebene.² Ein solcher Vorgang spielte sich u.a. in Freiburg ab, unter tätiger Einflussnahme des langjährigen Bonner Regierungschefs. Es war nicht zuletzt dieser historische Kontext, der „für die spannendste Wahl in Freiburg aller Zeiten“ verantwortlich war.³ Diese in der Tat außergewöhnliche „Spannung“ resultierte zum einen aus der Vorgabe der baden-württembergischen Gemeindeordnung, die einen gleichsam „agonalen“ Wettbewerb um das politische Spitzenamt in den Rathäusern institutionalisierte. Erreicht – bei der Volkswahl – zunächst kein Bewerber die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen, fällt die Entscheidung in einem zweiten Wahlgang. Gewählt ist dann der Kandidat, für den die „einfache Mehrheit“ der Wähler votierte.⁴ Zum anderen fand in der spezifischen politischen Situation des Herbstes 1982 das Aufgebot prominenter Wahlunterstützer, die sich in Freiburg engagierten, eine beträchtliche,

* Allen politischen „Akteuren“ sowie journalistischen und wissenschaftlichen „Zeitzeugen“, die mir zu den Abläufen und den Hintergründen der OB-Wahl zahlreiche Informationen vermittelten, danke ich für ihre freundliche Unterstützung sehr herzlich.

¹ Der Spiegel, Nr. 4/1983, S. 37.

² Zu den – hier in einer partiell variierenden Bedeutung gebrauchten – Begriffen der „Approbation“ und „Reprobation“ bei politischen Wahlprozessen grundlegend ERNST FRAENKEL: Strukturanalyse der modernen Demokratie (1970), in: DERS.: Reformismus und Pluralismus. Materialien zu einer ungeschriebenen politischen Autobiographie, hg. von FALK ESCHÉ und FRANK GRUBE, Hamburg 1973, S. 408.

³ JOACHIM RÖDERER: Am Ende ging es um 577 Stimmen. Freiburgs spannendste OB-Wahl: Wie sich im Oktober 1982 Rolf Böhme (SPD) gegen Sven von Ungern-Sternberg (CDU) durchsetzte, in: Badische Zeitung (BZ) vom 10.4.2010, S. 22.

⁴ RICHARD KUNZE: Das Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg. Ein Abriß, in: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg, hg. von THEODOR PFIZER und HANS-GEORG WEHLING, Stuttgart u.a. 1991, S. 70f. Zu der Stellung und den Befugnissen des (Ober-)Bürgermeisters gemäß der Süddeutschen Ratsverfassung grundlegend HANS-GEORG WEHLING: Gemeinden und Kommunalpolitik, in: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, hg. von

auch überregionale Aufmerksamkeit. So war es wohl schon für viele Zeitgenossen eine höchst interessante Frage, ob und inwieweit Bundespolitik auf kommunales Wahlverhalten einwirkte.

Kandidatenkür: CDU

Im Herbst 1982, nach zwanzig Jahren, endete die Amtszeit des populären Oberbürgermeisters Dr. Eugen Keidel, des ersten Sozialdemokraten an der Stadtspitze, unter dessen Ägide Freiburg durch Eingemeindungen, im Zuge der Gebietsreform der frühen 1970er-Jahre, territorial kräftig expandierte (bei vergleichsweise geringer Zunahme der Einwohnerzahl).⁵

Bereits im Sommer 1981 begann sich das Kandidaten-Karussell zu drehen, und bald zeigte sich, dass mancher Interessent schon frühzeitig seine Ambitionen für die Keidel-Nachfolge begraben musste. Die lokale Presse berichtete von drei potentiellen CDU-Bewerbern, die sich jedoch zunächst noch *bedeckt* hielten, *um beim Parteivolk nicht vorzeitig ins Abseits zu geraten*.⁶ Die Entscheidung fiel auf einer Mitgliederversammlung der Partei. Bereits im ersten Wahlgang scheiterte der ehemalige Stadtkämmerer und damalige Bundestagsabgeordnete Hans Evers, der zwar als „quirlicher Schnelldenker“ galt, dem aber ein von der Parteilinie abweichendes Verhalten bei der Wahl des Bundespräsidenten im Jahre 1979 nicht gerade die Sympathien der Parteifreunde eingetragen hatte.⁷

Ohne mehrheitliche Unterstützung blieb ebenfalls Professor Helmut Engler, von 1973 bis 1977 Rektor der Albert-Ludwigs-Universität, für den das Amt des Oberbürgermeisters in der Heimatstadt eine *attraktive Stelle* gewesen wäre. Seit 1978 baden-württembergischer Minister für Wissenschaft und Kunst wurde er von Ministerpräsident Lothar Späth und von dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Erwin Teufel zu einer Kandidatur *animiert*, offensichtlich in der Erwartung, gute Chancen gegen den SPD-Kandidaten Rolf Böhme zu besitzen.⁸ Allerdings wies der Wissenschaftsminister ein politisches Handicap auf: Er hatte keine Parteilaufbahn absolviert und sich überdies aus der Sicht eher konservativer Hochschullehrer den Ruf eines (zu) „liberalen“ Universitätsrektors erworben.⁹

Sieger in dem parteiinternen christdemokratischen „concours“ wurde schließlich der 39-jährige Freiburger Baubürgermeister Sven von Ungern-Sternberg (Abb. 1), für den sich eine klare

HERMANN BAUSINGER und THEODOR ESCHENBURG, Stuttgart u.a. 1996, S. 155-160. Über die Kompetenzen des Bürgermeisters in Baden-Württemberg informiert HANS-GEORG WEHLING: Kommunalpolitik in Baden-Württemberg. Bürgermeister, Gemeinderat und die Rechte des Bürgers, in: Taschenbuch Baden-Württemberg. Gesetze-Daten-Analysen, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, Stuttgart u.a. 1999, S. 41-48.

⁵ BALDO BLINKERT/HEIKO HAUMANN/HELMUT KÖSER: Wachstum ohne Grenzen? Freiburg in den letzten Jahrzehnten (1959-1990), in: Geschichte der Stadt Freiburg im Breisgau, Bd. 3: Von der badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, hg. von HEIKO HAUMANN und HANS SCHADEK, Stuttgart 1992, S. 454; PETER KALCHTHALER: Kleine Freiburger Stadtgeschichte, Regensburg 2006, S. 136.

⁶ ULRICH HOMANN: Böhme hat OB-Kandidatur im Visier, in: BZ vom 9.7.1981. Eine Sammlung wichtiger Zeitungsartikel und -kommentare befindet sich im Nachlass von Dr. Rolf Böhme, Stadtarchiv Freiburg, K 1/146.

⁷ Zum politischen Werdegang von Hans Evers siehe: Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002, Bd. I: A-M, hg. von RUDOLF VIERHAUS und LUDOLF HERBST, München 2002, S. 195.

⁸ Telefoninterview mit Wissenschaftsminister a.D. Prof. Dr. Helmut Engler vom 4.6.2012.

⁹ HERBERT A. WEINACHT: Die CDU in Landtag und Regierung: alleinige Regierungsverantwortung, in: Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hg. von PAUL-LUDWIG WEINACHT, Stuttgart u.a. 1978, S. 339. In einem Interview (mit Ingeborg Villinger und Leander Hotaki) äußerte sich der ehemalige Rektor über seine Amtszeit: Entwicklungen der 70er Jahre. Helmut Engler im Gespräch, in: Freiburger Universitätsblätter 145 (1999), S. 95-101. Eine Würdigung Englers, v.a. als „Schirmherr für Wissenschaft und Forschung“, bei HUGO OTT: „Die Weisheit hat sich ihr Haus gebaut“ (Spr. 9,1). Impressionen zur Geschichte der Universität Freiburg, Freiburg u.a. 2007, S. 199f.



Abb. 1 Die beiden Gegner im OB-Wahlkampf: Rolf Böhme und Sven von Ungern-Sternberg vereint auf der Couch (StadtAF, M 75/1 Pos.K. 54 Nr. 11).

Mehrheit der Mitgliederversammlung aussprach, um die seit 1962 bestehende „Fremdherrschaft“ im Freiburger Rathaus unter dem SPD-Oberbürgermeister Eugen Keidel [zu] beenden (Wolfgang Fiek).¹⁰

Kandidatenkür: SPD

Anders verlief der Prozess der Kandidatennominierung bei der örtlichen SPD. Die Partei wollte *nicht lange fackeln*, wie in der Presse mitgeteilt wurde, und möglichst rasch eine Entscheidung herbeiführen. Die Überlegung, einen Bewerber von auswärts zu präsentieren, wurde verworfen, und nachdem der Europaabgeordnete und ehemalige Justizminister Baden-Württembergs, Rudolf Schieler, *abgewinkt* hatte,¹¹ war der Weg frei für den parteiinternen Favoriten. Die Abstimmung auf einer Kreisdelegiertenkonferenz im Oktober 1981 brachte ein klares Ergebnis: 51 der 69 Parteivertreter votierten für Rolf Böhme. Dies waren 73 Prozent der

¹⁰ WOLFGANG FIEK: Zwei Kandidaten sind startbereit. CDU und SPD haben ihre Bewerber um Keidels Nachfolge nominiert, in: BZ vom 27.10.1981. Zur beruflichen und politischen Laufbahn des seit 1998 amtierenden Regierungspräsidenten für den Regierungsbezirk Freiburg siehe im Internet: http://de.wikipedia.org/wiki/Sven_von_Ungern-Sternberg. Zu von Ungern-Sternbergs Engagement für die badische Geschichte und Kultur siehe: VOLKER KRONEMAYER: Zum 70. Geburtstag von Dr. Sven von Ungern-Sternberg. Ein Wahl-Badener repräsentiert den Landesverein Badische Heimat, in: Badische Heimat 1/2012, S. 162f.

¹¹ Die Stationen der politischen Karriere Rudolfs Schieler sind aufgeführt in: Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hg. von JÖRG SCHADT und WOLFGANG SCHMIERER, Stuttgart u.a. 1979, S. 345.

Delegiertenstimmen, wie, so die ironische Anmerkung eines Journalisten, der *Kreisvorsitzende Gernot Erler bis zur Pressekonferenz am anderen Morgen ausgerechnet* hatte.¹²

Mit Böhme schickten die Freiburger Sozialdemokraten ein prominentes Parteimitglied „in den Ring“, das bereits auf eine beachtliche politische Karriere zurückblicken konnte.¹³ Seit 1972 Bundestagsabgeordneter berief ihn im Jahre 1978 der Bundespräsident auf Vorschlag von Bundeskanzler Schmidt zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen. Der Logik des parlamentarischen Systems gemäß verband der Politiker in dieser Ämterkonstellation legislative Kompetenzen mit exekutiven Aufgaben, in diesem Fall die Zuständigkeit für die Steuerpolitik und die Vermögensbildung. Böhmes Aufgabe war „die Zuarbeitung für den Minister, seine Vertretung in seiner Abwesenheit und vor allem die Vermittlung der Politik in die Fraktionen der Koalition“, d.h. SPD und FDP.¹⁴

Mit dem Entschluss, sich um das Amt des Oberbürgermeisters in Freiburg zu bewerben, entpuppte sich Böhme – in einem politikwissenschaftlichen Verständnis – als „Umsteiger“, der eine „aufstiegsorientierte Richtungsänderung“ vorzunehmen gewillt war, also nach einer höheren Position „auf einem anderen Sektor“ strebte.¹⁵ Das Projekt „Umstieg“ packte der Bonner Staatssekretär geschickt an. Für den Anfang des Jahres 1982 teilte er den Verzicht auf sein Regierungsamt und damit die Beschränkung auf die – vorläufige – Ausübung des Parlamentsmandats bis zur Wahl in Freiburg mit. Mit diesem Schritt vermied er, im Unterschied zu manchem anderen Politiker, einen „Fehler“, der Zweifel an der eigenen Glaubwürdigkeit wecken konnte: Nämlich im Fall einer Niederlage sich die Möglichkeit der Rückkehr zur alten einflussreichen Position offen zu halten. Statt dessen vermochte er – wohl mit Erfolg – den Eindruck zu vermitteln, die Tätigkeit als Oberbürgermeister werde für ihn eine Art Lebensaufgabe nach dem „Abstecher“ in die Bundespolitik darstellen.¹⁶

Wahlkampf

Nach dem Urteil des ehemaligen Freiburger Rechtsprofessors und Richters am Bundesverfassungsgericht Konrad Hesse sind Wahlen Teil des „Kernbestands der demokratischen Ord-

¹² FJS: SPD wählt Rolf Böhme zum OB-Kandidaten, in: Stuttgarter Zeitung vom 14.10.1981. Zu Gernot Erler, 1977 bis 1987 Kreisvorsitzender der SPD Freiburg, seit 1987 Mitglied des Bundestags, von 2005 bis 2009 Staatsminister im Auswärtigen Amt siehe: VIERHAUS/HERBST (wie Anm. 7), S. 189f.; SIBYLLE AHLERS: Nachdenklicher Kanufahrer: Gernot Erler, in: Das Parlament 13/14 (2011), S. 2.

¹³ Die wichtigsten Lebensdaten Rolf Böhmes in: VIERHAUS/HERBST (wie Anm. 7), S. 82f. Eine Würdigung der Persönlichkeit und des Politikers durch UWE MAUCH: Die Stadt als Lebensaufgabe. Der frühere Freiburger Oberbürgermeister Rolf Böhme feiert heute seinen 75. Geburtstag, in: BZ vom 6.8.2009.

¹⁴ ROLF BÖHME: Geschichten vom Amt, Freiburg 2009, S. 51. Rolf Böhme zeigte sich *immer beeindruckt von Schmidts sehr exakten und eindringlichen Fragen nach den Zusammenhängen und den Wirkungen der von uns im BMF [Bundesministerium der Finanzen] vorbereiteten Steuer-Gesetze. Über die einzelnen Gesetzesfragen hinaus erwies sich der Bundeskanzler als kompetenter Kenner der steuerlichen und weiteren finanziellen Fragen, zu denen er souverän seine Richtlinienkompetenz handhabte*, Schreiben vom 24.4.2012.

¹⁵ JULIA HEFTY: Die Parlamentarischen Staatssekretäre im Bund. Eine Entwicklungsgeschichte seit 1967, Düsseldorf 2005, S. 247.

¹⁶ PETER J. VELTE: Nach Freiburg ohne Rückfahrkarte. Rolf Böhme zieht nicht als Staatssekretär in den Oberbürgermeisterwahlkampf, in: BZ vom 10.10.1981; „Vielleicht Mehrheiten, aber kein Konsens“, in: Der Spiegel, Nr. 16/1982, S.18; BÖHME (wie Anm. 14), S.61f. Dass der frühzeitige Verzicht auf das Amt des Staatssekretärs Böhmes Wahlchancen eher verbesserte, lässt sich aus einem „Gegenbeispiel“ ableiten: Im Jahr 2012 vermied der CDU-Spitzenkandidat vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Bundesumweltminister Norbert Röttgen, eine klare Aussage darüber, ob er auch im Fall einer Niederlage von der Bundespolitik in die Landespolitik wechseln und in Düsseldorf die Funktion des Oppositionsführers übernehmen werde. Offensichtlich war dies ein Grund für die Entlassung aus dem Bundeskabinett. Hierzu: ULRICH SCHMIDT: Merkel entledigt sich Röttgens. Der einstige Favorit der Kanzlerin verspielt innerhalb weniger Wochen seine Karriere, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17.5.2012.

nung¹⁷, wobei während der Wahlkämpfe unterschiedliche Formen der politischen Kommunikation und Steuerung vorkommen (können). Wahlkampagnen eigentümlich sind Tendenzen der Polarisierung und Personalisierung, und eben solche ließen sich auch im Herbst 1982 in Freiburg beobachten.¹⁸

An kontroversen Wahlkampfthemen fehlte es nicht – und auch nicht an manchen aus dem Umfeld der Kandidaten verbreiteten Invektiven, etwa im Hinblick auf die Wahlkampfunterstützer des einen („Bauunternehmer“) oder die Charakterisierung des anderen („Kommunistenfreund“). Gewichtiger und für die Stadtpolitik bedeutsamer waren indes Fragen und Probleme elementarer und zugleich politisch konkreter Natur. Bei einem Diskussionsabend im „Liberalen Zentrum“, dem freilich die meisten Freiburger FDP-Mitglieder fern blieben, standen Aufgaben der Wohnungspolitik, der Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes und des Baus der „B 31-Ost neu“ im Mittelpunkt – und besonders bei letzterem Projekt die Präsentation unterschiedlicher Lösungsvorschläge. Wobei bei diesem Streitpunkt eine singuläre Meinung von dem dritten Oberbürgermeister-Kandidaten, dem Rechtsanwalt Gottfried Niemitz (Bunte Liste), vertreten wurde, der für eine Untertunnelung von Kirchzarten bis zum Zubringer Mitte plädierte, für diesen Vorschlag aber keine Unterstützung fand.¹⁹ Einem journalistischen Kommentar zufolge war der Ertrag der Veranstaltung für die Zuhörer nicht gering: Sie lernten offensichtlich die Kandidaten – besser – kennen, ihre Argumente ebenso wie ihre Wahltaktik, besonders die jeweils gegenseitige „Einschätzung“.²⁰

Außerdem kamen neben eher traditionellen auch neuere, „innovative“ Elemente der Wahlwerbung zum Einsatz, so etwa auf Seiten der Sozialdemokraten eine Wählerinitiative „Bürger für Böhme“ (mit rund 50 Mitgliedern), welche diesen in *kritischer Solidarität* unterstützten und zu diesem Zweck, nach den Worten eines Gruppensprechers, des Politikwissenschaftlers Gerd Mielke, besonders in den östlichen Stadtteilen Bürger, die sich liberalen Werten und ökologischen Grundsätzen verpflichtet fühlten, zu einer entsprechenden Stimmabgabe motivieren wollten.²¹ Auch modernere „Formate“ der politischen Werbung unter Einschluss „unterhaltender“ Momente fanden Eingang in den Wahlkampf, vor allem im Rahmen der Böhme-Kampagne: So z.B. eine Talk-Show-ähnliche Veranstaltung in der Gaststätte „Neumeyer“, mode

¹⁷ ULRICH SARVINELLI: Wahlkampf, in: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, hg. von UWE ANDERSEN und WICHARD WOYKE, Bonn 2003, S. 686f.

¹⁸ Ebd., S. 689.

¹⁹ ROB: Drei Kandidaten an einem Tisch, in: BZ vom 3.6.1982.

²⁰ Für ULRICH HOMANN: Konturen, in: ebd., lag ein weiterer Ertrag des „direkten Aufeinandertreffens“ der OB-Kandidaten darin, dass die Zuhörer und – über die Medien vermittelt – die Bürger der Stadt überhaupt neben politischen Inhalten auch wahltaktische Überlegungen wahrnehmen konnten: *Rolf Böhme offenbarte, dass er seine Chancen ganz bewusst in der Konfrontation mit seinem Widersacher auf CDU-Seite, Sven von Ungern-Sternberg, suchen will. Wo Böhme Angriffsflächen gegeben erscheinen, da wird er attackieren und dabei nicht zimperlich sein. Die Tatsache, dass der CDU-Kandidat als Baubürgermeister in den Wahlkampf zieht, will Böhme so verwerten: Der Gegenkandidat soll keinen Amtsbonus genießen, sondern einen „Amtsmalus“, verantwortlich für Planungsfehler und Planungsversäumnisse. Von der Angriffslust des Rolf Böhme wiederum scheint Ungern-Sternberg profitieren zu wollen. Er will sich vorderhand als Sachwalter einer nach seiner Meinung bewährten Freiburger Kommunalpolitik darstellen, nicht ganz verschlossen für Neues, aber doch erkennbar in der Kontinuität der derzeitigen Stadtverwaltung. Die sich anbahnende Konfrontation wird Unterschiede aufzeigen – und das kann dem Wähler nur recht sein. Auf freundliche Atmosphäre zwischen den Kandidaten von CDU und SPD dagegen wird er verzichten müssen – es geht wohl um zuviel.*

²¹ ULRICH HOMANN: Freiburger Bürger wollen sich für Böhme einsetzen. Gründung einer Wählerinitiative, in: BZ vom 9.6.1982. Über Böhmes Wahlkampfaktivitäten informiert sein wichtigster „Wahl-Berater“ GERD MIELKE: Das diskursive Schlachttross, in: Über Jahr und Tag. Rolf Böhme – Drei Jahrzehnte politischer Verantwortung, hg. von der Stadt Freiburg und JOSEPH PÖLZELBAUER, Freiburg 2002, S. 162-167. Nach seiner Tätigkeit am Seminar für wissenschaftliche Politik der Universität Freiburg war Gerd Mielke u.a. Leiter der Abteilung „Grundsatzfragen und Regierungsplanung“ in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz; seit 2004 Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz (<http://www.nrw-school.de/xd/public/content/index.html?pid=248>).

riert von dem bekannten SWF-Journalisten Pit Klein, musikalisch u.a. begleitet von „Fräulein Mayers Hinterhausjazzern“ und dennoch nicht ohne Konkurrenz, da das politische Interesse der Besucher *angesichts der in einem Nebenzimmer laufenden Fußballübertragung* [von der Weltmeisterschaft in Spanien] *auf eine harte Probe gestellt war*.²²

Prominente Unterstützer des Sozialdemokraten reisten auch von auswärts an, so z.B. neben dem in der breiteren Öffentlichkeit noch weniger bekannten Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten – und nachmaligen Bundeskanzler – Gerhard Schröder der Fernseh-Talkmaster Alfred Biolek sowie der Schriftsteller Günter Grass. Der Literaturnobelpreisträger des Jahres 1999 pflegte zuvor schon längere Zeit eine Bekanntschaft mit Rolf Böhme – und außerdem verbanden ihn mit der badischen Region und dem Breisgau u.a. die Fußballkünste des Bundesligisten SC Freiburg „mit seinem unbekümmerten (gelegentlich zu unbekümmerten) Spiel“.²³

Um – vornehmlich – politische Prominenz war auch der CDU-Kandidat bemüht. Für ihn rührte z.B. Walter Wallmann die Werbetrommel, der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/M. (anschließend im Jahre 1986, nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, erster Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, bevor er im Jahre 1987 zum Ministerpräsidenten des Landes Hessen gewählt wurde). Wohl kaum war an eine Einladung des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl zu denken, der sich und seine Partei in Bonn auf den Regierungswechsel vorbereitete. Und überhaupt scheint von Ungern-Sternberg – zumindest einige Zeit – Auftritten bekannter Parteifreunde aus Bund und Land reserviert gegenüber gestanden zu haben – z.B. mit der Begründung, beide Parteien hätten eine (Art) Vereinbarung getroffen, in erster Linie einen lokalen Wahlkampf zu führen – was jedoch wiederum von der SPD-Seite bestritten wurde. Spätestens in der letzten Woche vor der Wahl sollte eine etwaige Beschränkung dieser Art keine Rolle mehr spielen.²⁴

Das Aufgebot an „Moderatoren“ und „Rednern“ machte deutlich, dass das *Rennen um den ersten Platz im Rathaus [...] für beide Seiten mehr als nur lokale Bedeutung hatte*.²⁵ Entsprechend optimistisch erwarteten die Parteien das Ergebnis des ersten Wahlgangs.

²² WW: Kandidatenbefragung per Talk-Show. Pit Klein befragt im „Neumeyer“ Rolf Böhme und seine potentiellen Wähler, in: BZ vom 1.7.1982.

²³ GÜNTER GRASS: Immer am Wege, in: Über Jahr und Tag (wie Anm. 21), S. 94. Grass als „Fan“ des SC Freiburg ist zu sehen auf einem Foto aus dem Jahre 1998, wiedergegeben in: 60 Jahre Freiburger Wochenbericht, Jubiläumsausgabe vom 4.7.2012, S. 37. In einem Schreiben vom 4.6.2012 schildert Prof. Gerd Mielke die Wahlveranstaltungen mit den beiden prominenten Unterstützern: *Grass stand für die damals ja noch durchaus nicht selbstverständliche Gesprächsbereitschaft mit den „Alternativen“ und „Hausbesetzern“, die Böhme durch seine Mitgliedschaft in der so genannten „Bürgengruppe“ [...] unter Beweis gestellt hatte und die darauf abzielte, nach den Häuserkämpfen wieder auf einen innerstädtischen Frieden im eigentlichen Wortsinne zuzusteuern. Biolek war als Student in einem VW-Käfer mit Böhme durch Arabien gereist; die beiden waren also lange bekannt und befreundet, und Biolek präsentierte einfach einen bunten Abend im Kolping-Saal, ganz so, wie man das aus dem Fernsehen kannte und mochte.*

²⁴ Einige meist eher allgemeine Bemerkungen bezüglich des Versuchs, das Wahlkampfengagement von Bundespolitikern als unangebracht, im Grunde unzulässig zu kritisieren, sind zu finden in den Artikeln: KARL-HEINZ ZURBONSEN: Christdemokraten fürchten den Schmidt-Effekt. Der Ex-Kanzler begeistert 15 000 Freiburger – Mit harten Bandagen in die Schlußrunde, in: Südkurier vom 16.10.1982; ULLA BETTGE: Wahlkampf endet mit schneidender Schärfe. Zum Schluß sprach Helmut Schmidt auf dem Münsterplatz – Morgen fällt die Entscheidung, in: Stuttgarter Zeitung vom 16.10.1982; „Leisler Kiep: Ungern-Sternberg Oberbürgermeister für Freiburg“, in: Freiburger Wochenbericht vom 15.10.1982 (Sonderausgabe zur OB-Wahl am 17. Oktober 1982). Zu dieser Frage ferner: Schreiben Prof. Dr. Hermann Schäfer, Gründungspräsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Ministerialdirektor und Vertreter des Kulturstaatsministers im Bundeskanzleramt a.D., vom 6.7.2012; Schreiben Oberbürgermeister a.D. Dr. Rolf Böhme vom 17.7.2012; Schreiben Prof. Dr. Gerd Mielke vom 11.7.2012 mit dem Hinweis, *dass jeder der beiden Kandidaten naturgemäß mit seinen spezifischen Pfunden zu wuchern versuchte, und während von Ungern-Sternberg hier seine Bilanz als Baubürgermeister ins Spiel bringen konnte, hätte eine derartige Absprache für Böhme bedeutet, seine bundespolitischen Jahre weitgehend aus dem Spiel zu lassen.*

²⁵ BETTINA WIESELMANN: Wahlkampf für einen Freund. Helmut Schmidt tritt in Freiburg für Rolf Böhme, in: Stuttgarter Nachrichten vom 16.10.1982.

Erster Wahlgang: Ein Gewinner, kein Sieger

„Runde eins“, am 3. Oktober 1982, ging an den Kandidaten, der einen Aufstieg in der Rathaus-hierarchie anstrebte.²⁶ Bei einer Beteiligung von 67,8 % der Wahlberechtigten erhielt CDU-Politiker von Ungern-Sternberg 38.444 Stimmen (= 48,9 %). Er gewann damit rund 300 Stimmen mehr als – bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung – sein Parteifreund Conrad Schröder bei der Bundestagswahl im Jahr 1980, doch fehlten genau 900 Stimmen zur erforderlichen absoluten Mehrheit. Das Resultat legte somit den Schluss nahe, dass das von Ungern-Sternberg im zweiten Wahlgang „zusätzlich mobilisierbare Potential relativ klein“ sein könnte.

Allerdings hatte von Ungern-Sternberg gegenüber Böhme, der auf 34.739 Stimmen (= 44,1 %) kam, einen Vorsprung von 3.705 Stimmen. Gegenüber der Bundestagswahl 1980, als er mit 43.376 Stimmen das Direktmandat gewonnen hatte, war dies für den Sozialdemokraten ein deutliches Minus: „Dem Oberbürgermeisterkandidaten Dr. Böhme gelang es somit beim ersten Wahldurchgang weniger gut sein Wählerpotential auszuschöpfen als seinem wichtigsten Konkurrenten Dr. von Ungern-Sternberg.“²⁷

Möglicherweise verfügte jedoch der frühere Parlamentarische Staatssekretär über ein – größeres – Wählerreservoir, das zu erschließen Ziel der zweiten, kurzen Wahlkampfphase sein sollte. Optimismus leitete auch die Christdemokraten, die sich sicher waren, der Gewinner werde zwei Wochen später *alles klarmachen* und schließlich als Sieger Freiburgs neues Stadtoberhaupt sein. Erste Wahlanalysen zeigten indessen, dass die *jüngsten Vorgänge in der Bundespolitik* auf das Wahlverhalten in Freiburg nicht ohne Einfluss geblieben waren.²⁸ Dieser Trend sollte sich verstärken – und geradezu sichtbar werden im Vorfeld des zweiten Wahlgangs, als die Bundespolitik selbst, mit Personen und Themen, im Wahlkampf aktuell und präsent wurde.

Leisler Kieps Wahlrede

13. Oktober 1982: Heftige Kritik an der soeben abgelösten Bundesregierung übte auf der Abschlusskundgebung des CDU-Kandidaten im Paulussaal vor ca. 600 Zuhörern der Hauptredner Walther Leisler Kiep. Laut Zeitungsberichten befasste sich der frühere niedersächsische Finanzminister dabei *entgegen der Ankündigung mehr mit Bundespolitik als mit kommunalpolitischen Fragen*. Als erste Maßnahmen einer „Wendepolitik“ befürwortete der augenblickliche Oppositionsführer in der Hamburger Bürgerschaft nämlich u.a. ein Sparkonzept für mehrere Jahre ohne Verzicht auf wichtige staatliche Investitionen, Maßnahmen zur Entbürokratisierung sowie, nach Lösung des Entsorgungsproblems, den Bau neuer Kernkraftwerke. Dem bisherigen Regierungschef ersparte er nicht den Vorwurf, dieser habe eine „Dolchstoßlegende“ verbreitet, um von dem Scheitern in der eigenen Partei, nachdem führende Repräsentanten wie Willy Brandt, Erhard Eppler und Oskar Lafontaine sein Ansehen in der Öffentlichkeit beschädigt hätten, abzulenken und ebenso von der Ausgabenpolitik der sozialliberalen Regierung, die im Grunde *Jahrzehnte über die Verhältnisse gelebt* habe. Allerdings sei nicht zu bestreiten, dass die FDP, nunmehr Partner in der neuen Bonner Koalition, einen heftigen internen politischen Kon-

²⁶ Zum Folgenden die wissenschaftliche Wahlanalyse von GERD MIELKE/RAINER TRESSSEL: Wahl des Oberbürgermeisters in Freiburg im Breisgau am 3. und 17. Oktober 1982, Ergebnisse und Analysen, Freiburg Dezember 1982, S. 6-40; ferner: HEINZ-DIETER POPP: Keine Entscheidung im ersten Wahlgang, in: BZ vom 4.10.1982.

²⁷ MIELKE/TRESSSEL (wie Anm. 26), S. 16.

²⁸ ULRICH HOMANN: Ungern mit Optimismus, Böhme sieht gute Chancen, in: BZ vom 4.10.1982; WOLFGANG FIEK: Entscheidung vertagt, ebd.

flikt austrage. Die Neuwahl des Bundestags sollte nach Kieps Auffassung im März 1983 stattfinden – was dann auch geschah.²⁹

Helmut Schmidt in Freiburg

Für Langeweile blieb dem am 1. Oktober 1982 abgewählten Kanzler keine Zeit – auch wenn ihm seine Ex-Minister keine handgeschriebenen Seiten aus dem Telefonbuch zur Gegenzeichnung vorlegten. Für einen ehemaligen Staatssekretär war es indessen nicht von Nachteil, wenn er die nicht allgemein zugängliche Rufnummer seines früheren „Chefs“ kannte: In der Befolgung eines Ratschlags aus seinem Beraterkreis, vornehmlich zweier Patres des Dominikaner-Ordens, beide „linksliberal eingestellt und – von der Kirche geduldet – Verfechter einer sozialliberalen Politik“, rief Rolf Böhme in der Bundeshauptstadt an: „Helmut Schmidt war damals noch im Kanzler-Bungalow in Bonn und ich kannte die Durchwahl. Er meldete sich persönlich am Apparat: ‚Hier Schmidt‘ Am liebsten hätte ich wieder aufgelegt, aber jetzt war es passiert und ich nannte meinen Namen. Er fragte ohne große Umschweife: Wie ist das Ergebnis? Ich berichtete und trug dann mein Anliegen vor. Er sagte sofort zu und beschied mich, wie immer kurz und klar: Die Einzelheiten wegen des Termins usw. regelst Du mit meinem Büro.“³⁰

Damit war sicher: Neben der Weiterführung des „normalen“ kommunalpolitischen Wahlkampfes mit „traditionellen“ Elementen und Aktivitäten wie Hausbesuchen, Verteilen von Flugblättern, Veranstaltungen in den einzelnen Stadtteilen würde nunmehr die nochmals verstärkte bundespolitische Akzentuierung der Auseinandersetzung für die endgültige Entscheidung von erheblicher Bedeutung sein.

14. Oktober 1982: Helmut Schmidts Rede auf dem Freiburger Münsterplatz verfolgten rund 15.000 Zuhörer. Die Befürchtung der Veranstalter, das schlechte Wetter werde viele Stadtbewohner von einem Besuch abhalten, bewahrheitete sich nicht. Die aktuelle „Großwetterlage“ in Bonn einerseits, der Wahltermin in Freiburg andererseits bewirkten offensichtlich eine sichtbare politische Mobilisierung innerhalb der städtischen Gesellschaft. Die Ausführungen des Ex-Kanzlers hatten – selbstverständlich – überwiegend Themen der „großen Politik“ zum Gegenstand.³¹

In der „Wirtschaftspolitik“ sei durch die neue Regierung eine *Umverteilung von unten nach oben* angesagt, z.B. infolge von Steuererleichterungen für Besserverdienende; insgesamt führe die Politik des Kabinetts, im Übrigen *die teuerste Bundesregierung* seit 1949, zu einer Erhöhung der Staatsschulden.

In der „Innenpolitik“ sollte es, nachdem der Kanzler- und Regierungswechsel *auf krummem Weg* erfolgt sei, möglichst rasch eine Neuwahl des Bundestags geben, doch sei an einer entspre-

²⁹ ULRICH HOMANN: Leisler Kiep unterstreicht die Bedeutung der OB-Wahl. Abschlußveranstaltung von Ungern-Sternberg im Paulussaal, in: BZ vom 14.10.1982; N.N.: Leisler Kiep: „Ungern-Sternberg Oberbürgermeister für Freiburg“, in: Freiburger Wochenbericht vom 15.10.1982 (Sonderausgabe zur OB-Wahl am 17. Oktober 1982). Biographische Daten zu Walther Leisler Kiep in: VIEHAUS/HERBST (wie Anm. 7), S. 415. Im Übrigen scheint die – persönliche und politische – „Distanz“ zwischen Schmidt und Leisler Kiep nicht allzu groß gewesen zu sein. Der ehemalige Kanzler zählte den Christdemokraten zu den Menschen, „deren klare Linie ich zu schätzen wusste“, HELMUT SCHMIDT: Außer Dienst. Eine Bilanz, München 52010, S. 17.

³⁰ BÖHME (wie Anm. 14), S. 11, der auch schildert, wie er dieser Idee zunächst nicht viel abgewinnen konnte: „Ich kannte die Bonner Stimmung und vor allem auch die menschliche Lage des langjährigen Bundeskanzlers unmittelbar nach seinem Amtsverlust. Keinesfalls wollte ich diese Situation noch mit meiner OB-Geschichte belasten. Also lehnte ich diesen Vorschlag, Helmut Schmidt zu ‚holen‘, ab.“ Böhmes Frau „fand dann den richtigen Ton: ‚Du kannst doch Helmut Schmidt selbst entscheiden lassen, ob er kommen will oder nicht.‘“

³¹ Über die Schmidt-Rede auf dem Freiburger Münsterplatz wurde ausführlich in der Presse berichtet: WIESELMANN (wie Anm. 25); KARL OTTO SATTLER: Schmidt zweifelt an Neuwahlen. In Freiburg scharfe Kritik an „Umverteilungspolitik“, in: BZ vom 15.10.1982; ULRICH HOMANN: Etwa 15.000 kamen zu Helmut Schmidt. Der Ex-Kanzler bekundete auf dem Münsterplatz sein Vertrauen zu Rolf Böhme, in: ebd.; BETTGE (wie Anm. 24); ZURBONSEN (wie Anm. 24).

chenden Absicht des Kanzlers Helmut Kohl zu zweifeln – aus Furcht vor dem Ergebnis einer Abstimmung über die Vertrauensfrage nach Artikel 68 GG (die jedoch am 17. Dezember 1982 gestellt wurde und zur Auflösung des Bundestags sowie zur vorgezogenen Neuwahl desselben am 6. März 1983, mit einer Bestätigung der christlich-liberalen Bundesregierung, führte).

Äußerst kritisch setzte sich Schmidt mit seinem bisherigen Koalitionspartner FDP und besonders mit dem Parteivorsitzenden und Außenminister Hans Dietrich Genscher auseinander, dem er ebenso wie Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff den Vorwurf machte: *Tagsüber saßen sie bei mir am Kabinettstisch, aber im Dunkeln haben sie mit Herrn Kohl gemunkelt.*³²

Auf dem Feld der „Außenpolitik“ hegte Helmut Schmidt Zweifel an dem Willen der Nachfolgeregierung zur Fortsetzung der Entspannungspolitik mit den Ostblock-Staaten. Doch wollte er einzelne Elemente der Kontinuität in den Erklärungen Kohls nicht übersehen. Deutliche Worte fand er für – oder: richtiger – gegen Otto von Habsburg, österreichischer Thronfolger und CSU-Abgeordneter im Europaparlament, der, ohne Widerspruch bei der Freiburger CDU zu ernten, eine Auflösung der Ostverträge und damit des Herzstücks sozialliberaler Entspannungspolitik verlangt habe – ungeachtet der möglichen Folgen eines solchen Schritts.³³

Von dem ehemaligen Kanzler offensichtlich nicht ausführlich thematisiert wurde die Frage des NATO-Doppelbeschlusses – nämlich die Problematik der Stationierung amerikanischer atomarer Mittelstreckenraketen in der Mitte Europas im Falle des Scheiterns von Verhandlungen mit der Sowjetunion sowie, vor dem Hintergrund heftiger SPD-interner Konflikte, die Folgen dieses „Gegenstandsbereichs“ für die Zukunft seiner eigenen Regierung. Doch mochte der Ex-Kanzler sich auch deshalb für Böhmes Kandidatur einsetzen, weil dieser im Unterschied zu anderen sozialdemokratischen Mandatsträgern dessen komplexe Politik der Rüstungskontrolle unterstützt hatte.³⁴

In Schmidts Wahlrede ausgeklammert blieb ferner das Thema „Kernkraft“ – möglicherweise, so eine Vermutung, um wie in der Rüstungsfrage die grüne Wählerklientel nicht zu Lasten des SPD-Kandidaten zu verprellen. Zum Abschluss der Veranstaltung, in welcher er durchaus auch polemische Töne z.B. hinsichtlich der „Adligen“ von Ungern-Sternberg und Graf Lambsdorff verlauten ließ, empfahl der Regierungschef a.D. die Wahl Böhmes zum Freiburger Oberbürgermeister.

Bei seinem Aufenthalt in Freiburg erweckte Helmut Schmidt nicht den Eindruck, dass der Verlust der Regierungsmacht ihn von einer Belastung befreit habe. Der „Südkurier“-Journalist Karl-Heinz Zurbonsen, der nach der Wahlveranstaltung offenbar als einziger Pressevertreter im Hotel Oberkirch am Münsterplatz anwesend sein durfte und des Ex-Kanzlers Frage „Wie war ich?“ hörte, erkannte ein *angeschlagenes Selbstbewusstsein und Selbstzweifel [...], wie ich sie vorher bei ihm noch nicht gehört hatte – so zum Beispiel bei seinem Wahlkampfauftritt anlässlich der Bundestagswahl 1980 in der VAG-Bushalle. Flugs vergattern mich die Sozialdemokraten, dass aus den Gesprächen im Hinterzimmer nichts an die Öffentlichkeit getragen werden sollte.*³⁵

³² WIESELMANN (wie Anm. 25).

³³ Die wichtigsten Fakten über Otto von Habsburg (1912-2001), 1916-1918 österreichisch-ungarischer Kronprinz, 1979-1999 Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU), in: LOTHAR HÖBELT: Die Habsburger. Aufstieg und Glanz einer europäischen Dynastie, Stuttgart 2009, S. 172-174.

³⁴ BERNT WALDMANN: Ein politischer Mensch, in: Über Jahr und Tag (wie Anm. 21), S. 265, der berichtet, dass „die SPD in Freiburg in der damaligen Zeit [...] vom so genannten ‚linken Flügel‘ beherrscht (wurde), der der Neutralisierung Deutschlands und nicht dem NATO-Doppelbeschluss zuneigte. Ich erinnere mich ganz persönlich an einen Abend, bei dem das besonders deutlich wurde. Es ging um diesen NATO-Doppelbeschluss, den Helmut Schmidt so intensiv unterstützte. Rolf Böhme war der einzige aus der SPD in Freiburg, der für diese Politik die Hand hob, die meisten stimmten gegen den Beschluss oder enthielten sich.“

³⁵ Schreiben Karl-Heinz Zurbonsen vom 9.5.2012; hierzu auch ZURBONSEN (wie Anm. 24). Helmut Schmidt äußerte sich selbst (im Jahre 1998) über sein Verhältnis zur Macht: „Ich war erleichtert, als ich sie los war. Seien Sie mal verantwortlich dafür, dass Sie einen ernsthaften Konflikt wie zum Beispiel mit der Führung der Vereinigten Staaten von

Augenscheinlich hatte Schmidts Auftritt in Freiburg die „Funktion“, neben der Werbung für einen Oberbürgermeisterkandidaten der eigenen Partei eine Art „lokales Plebiszit“ über den wenige Tage zuvor durch „konstruktives Misstrauensvotum“ praktizierten Kanzler- und Regierungswechsel herbeizuführen.³⁶ Diese Absicht blieb nicht ohne Erfolg (Abb. 2).

Zweiter Wahlgang: Die Entscheidung

Anders als von manchen erwartet endete „Runde zwei“ am 17. Oktober 1982. Hatte den ersten Wahlgang Bürgermeister von Ungern-Sternberg knapp, aber deutlich für sich entscheiden können, so zeitigte der zweite Wahlgang (bei einer leicht stärkeren Beteiligung von 69,7 % der wahlberechtigten Bevölkerung) nur noch eine Differenz von 577 Stimmen – jedoch bei gleichzeitiger Umkehr der Reihenfolge der Kandidaten (Böhme: 40.632 Stimmen = 50,1 %, d.h. ein Plus von 5.893 Stimmen; von Ungern-Sternberg: 40.055 Stimmen = 49,4 %, d.h. ein Plus von 1.611 Stimmen). Der sozialdemokratische Politiker wurde folglich mit geringem Vorsprung zum Oberbürgermeister von Freiburg gewählt. Wahlanalysen gelangten zu dem Schluss, dass jeweils ein Teil der Sympathisanten des anderen „Lagers“ angesprochen werden konnte: „Beide Kandidaten haben es verstanden, als politische Integrationsfigur, Wähler über die Grenzen der jeweiligen Parteianhängerschaft hinaus auf sich zu vereinigen. Dr. v. Ungern-Sternberg hat in den Wahlbezirken des Freiburger Westens, Dr. Böhme im bürgerlichen Lager beachtliche Erfolge erzielt.“³⁷

Das Ergebnis der Freiburger Oberbürgermeisterwahl fand große Aufmerksamkeit – natürlich in der Stadt selbst, aber auch darüber hinaus, in der Region sowie in der überregionalen Presse. Von einer „Sensation“ war in den Zeitungen die Rede, eine „Freiburger Überraschung“ wurde gemeldet, auch davon gesprochen, *dass der Wähler in Freiburg unberechenbar ist. Wieder einmal hat er sich eigenwillig gegen den allgemeinen christdemokratischen Trend auf den Rathäusern gestemmt.*³⁸ Ein ganzes Bündel von Ursachen wurde für dieses Wahlverhalten ausfindig gemacht. Die leichte Zunahme der Wahlbeteiligung wirkte sich ebenso aus wie der offensichtlich effektivere Wahlkampf der Sozialdemokraten, während die CDU – nach Einschätzung eines Journalisten – sich in *persönliche Sticheleien und öffentliche Richtigstellungen per Inserate und Flugblätter verzettelt habe.*³⁹ Vielleicht stärker noch wirkte der politische „Gegen-

Amerika über den späteren NATO-Doppelbeschluss ausfechten müssen, von dem man am Anfang nicht weiß, wie er ausgeht [...] Angenehm ist das nicht, Macht zu haben. Sehr schön ist es, wenn Sie eine Steuerermäßigung durchführen können. Oder die Renten erhöhen“, HELMUT SCHMIDT: Es ist nicht die Aufgabe der Bundesregierung, dem Volk eine Philosophie zu geben, in: Der Zauber des Denkens. Gespräche über Philosophie, hg. von SIEGFRIED REUSCH, Darmstadt 2012, S. 104.

³⁶ Schreiben Bettina Wieselmann vom 10.5.2012.

³⁷ MIELKE/TRESSEL (wie Anm. 26), S. 40; die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs, ebd., S. 13. Wer im übrigen einen weiteren Zahlenvergleich anstellte, bemerkte, dass genau 20 Jahre zuvor Oberbürgermeister Keidel im ersten Wahlgang mit einem ähnlich geringen Abstand – von 615 Stimmen – gegen seinen CDU-Konkurrenten Gerhard Graf vorn lag, in der Tat „eine seltsame Duplizität“, HANS SCHNEIDER: Freiburger G'schichten. Bericht aus einer kleinen Großstadt, Freiburg 1985, S. 123.

³⁸ Stuttgarter Zeitung, zit. nach: Pressekommentare zu Böhmies Wahlsieg, in: BZ vom 22.10.1982. Weitere Wahlanalysen und Kommentare: HERMANN EISELE: Böhme gewinnt überraschend in Freiburg, in: Stuttgarter Nachrichten vom 18.10.1982; ELMAR REINAUER: Höhere Wahlbeteiligung und Schmidts Einsatz verhalfen Rolf Böhme zum Sieg, in: Südwest-Presse vom 19.10.1982; HANS SCHNEIDER: Rolf Böhme und die Gunst der Stunde, in: Basler Zeitung vom 19.10.1982. FJS: Freiburger Trend, in: Süddeutsche Zeitung vom 18.10.1982; GÜNTHER GILLESSEN: Freiburger Überraschung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.1982; TÖ/LSW/AP: Bei näherem Hinsehen wird Böhmies Sieg erklärbar, in: Schwarzwälder Bote vom 19.10.1982; UTE/FJS/BF: Da fielen sich die Genossen um den Hals, in: Stuttgarter Zeitung vom 19.10.1982; WOLFGANG GEIGGES: Was der Fall Freiburg lehrt, in: Südkurier vom 20.10.1982; ULRICH HOMANN: Wahlerfolg „Sieg der Solidarität“. Freiburger SPD analysiert die OB-Entscheidung, in: BZ vom 25.10.1982.

³⁹ HERMANN EISELE: Böhme legte in CDU-Hochburgen zu. Die Freiburger sorgten erneut bei einer Oberbürgermeisterwahl für eine Trendwende, in: Stuttgarter Nachrichten vom 19.10.1982.



Abb. 2 Oberbürgermeister Eugen Keidel mit dem abgewählten Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem SPD-Kandidaten Rolf Böhme vor dem Freiburger Rathaus am 14. Oktober 1982 (StadtAF, M 75/1 Pos.K. 5 4 Nr. 24).

wind“, der aus Stuttgart wehte. Die Erklärung von CDU-Ministerpräsident Lothar Späth am 13. Oktober 1982 im Landtag von Baden-Württemberg, vier Tage vor der Oberbürgermeisterwahl, das *Kernkraftwerk Süd*, gemeint war das AKW Wyhl, müsse *nach dem jetzigen Stand der Dinge* gebaut werden, beförderte die Erfolgsaussichten seines Freiburger Parteifreunds sicher nicht;⁴⁰ mochte doch mancher Wähler, der gegen das geplante Atomkraftwerk war, für Böhme stimmen, obwohl dieser in der Nachrüstungsfrage auf der Linie Helmut Schmidts lag. Jedenfalls hätte in diesem Kontext ein optimales „Timing“ anders ausgesehen, sodass von Ungern-Sternberg noch Jahrzehnte später feststellen konnte, Wyhl habe seinem Rivalen „in die Karten gespielt“.⁴¹

Den letztlich wohl entscheidenden Rückenwind erhielt der SPD-Kandidat wenige Tage vor der Wahl dagegen aus Bonn – in der Folge des Endes der sozialliberalen Bundesregierung. Teilweise unterschiedliche Akzente zeigten sich jedoch bei der Beantwortung der Frage, wie der Anteil Schmidts an dem Erfolg Böhmes einzuschätzen war. Zweifellos besaß der Zeit(historische)-Faktor eine nicht geringe Bedeutung: *Wenn man so will, war die für den Kanzler ja sehr bittere Entwicklung für Böhmes Last-Minute-Wahlkampfmanagement ein unerwarteter*

⁴⁰ Landtag von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode, Protokoll über die 53. Sitzung vom 13. Oktober 1982, S. 4025-4038, 4065-4076 und 4093f. (Zitat: S. 4066). Zu den Auseinandersetzungen um das geplante Kernkraftwerk Wyhl siehe HELMUT KÖSER: Bürgerinitiativen in der Regionalpolitik, in: Bürgerinitiativen und repräsentatives System, hg. von BERND GUGGENBERGER und UDO KEMPF, Opladen ²1984, S. 276-294.

⁴¹ RÖDERER (wie Anm. 3), S. 22.

*Glücksfall.*⁴² Ohne diesen, so urteilte der ehemalige Landesjustizminister Rudolf Schieler (SPD), hätte Böhme die Wahl nicht gewonnen, und dass Schmidt *Stimmen für Böhme holte*, stand auch für Ex-Wissenschaftsminister Helmut Engler (CDU) außer Frage.⁴³ Von Ungern-Sternberg selbst konnte auf die Ankündigung der Rede Schmidts so wenig wie im „Fall“ Wyhl angemessen reagieren – *aus Zeitgründen; wie auch hätte man die Wahlkampfstrategie noch ändern können?*⁴⁴ Allerdings gab es, nach der Auffassung Gerd Mielkes, gleichsam im Hinblick auf das „Verursacherprinzip“, einen gravierenden Unterschied zwischen beiden Vorgängen: *In jedem Fall war der Schmidt-Besuch ein von Böhme selbst veranlasster „Knaller“; Wyhl war demgegenüber „nur“ einer der zahlreichen Fehler der anderen Seite.*⁴⁵ Oder anders, zugespitzt, formuliert: Offensichtlich machte „Stuttgart“ einiges falsch, „Bonn“ fast alles richtig.

Die Annahme, dass Rolf Böhmes Wahlkampf und Wahlergebnis in signifikanter Weise von Schmidts Unterstützung profitierte, gewinnt zusätzlich an Plausibilität durch den Umstand, dass der Ex-Kanzler später ebenfalls maßgeblich an den Erfolgen zweier weiterer politischer Weggenossen, die sich in Baden-Württemberg um das Amt eines Oberbürgermeisters bewarben, Anteil hatte. In Lörrach trat Schmidt zwar nicht selbst als Wahlredner auf, als Rainer Offergeld, von 1978 bis 1982 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, sich im Frühjahr 1983 um das Amt des Stadtoberhauptes in der Grenzstadt bewarb; aber eine an die Haushalte verteilte Wahlempfehlung Schmidts war für das ehemalige Kabinettsmitglied augenscheinlich von großem Nutzen und half, dass dieser zum Oberbürgermeister gewählt wurde.⁴⁶ Und schließlich gewann im Februar 1986 Alexander Vogelgsang die Wahl zum Oberbürgermeister von Böblingen, nachdem Helmut Schmidt, inzwischen schon einige Jahre politischer „Pensionär“, der für seinen ehemaligen Mitarbeiter im Bundeskanzleramt *vielleicht entscheidende Wahlhelfer* in der mit rund 2.000 Besuchern überfüllten Feuerwehrrhalle der Stadt war.⁴⁷ Augenscheinlich spielte in allen Fällen, in denen Schmidt sich aktiv-werbend für das kommunale Spitzenamt erstrebende Parteifreunde aus seinem engeren politischen Umfeld öffentlich verwandte, die gegenseitige persönliche Zuverlässigkeit eine wichtige Rolle, und so haben die neu gewählten Oberbürgermeister seine Unterstützung auch verstanden: Schmidt setzte *Kraft und Stimme ein, um Menschen zu unterstützen, die ihm politisch nah und wohl auch sympathisch waren* (Alexander Vogelgsang).

Zu dem Kanzler bestanden *gute persönliche Beziehungen [...] auf Grund verschiedener Arbeitskontakte, aber auch beruhend auf meiner Verehrung und Dankbarkeit ihm gegenüber* (Rainer Offergeld).

⁴² Schreiben Prof. Dr. Gerd Mielke vom 11.7.2012. Diesen „Zusammenhang“ thematisierte auch BÖHME (wie Anm. 14), S. 60: „Es war schwer zu ertragen, wie seit der Bundestagswahl 1980 die Kraft der sozialliberalen Koalition dahinschwand. Aber es war ein zufälliges Zusammentreffen, dass im Herbst 1982 das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Freiburg durch Pensionierung des Amtsinhabers frei wurde.“

⁴³ Telefoninterview mit Justizminister a.D. Dr. Rudolf Schieler vom 13.5.2012; Telefoninterview mit Wissenschaftsminister a.D. Prof. Dr. Helmut Engler vom 4.6.2012 (wie Anm. 8). Telefoninterview mit Prof. Dr. Hermann Schäfer vom 24.7.2012, wonach beide Kandidaten ursprünglich gleiche Erfolgchancen hatten, doch zuletzt war für den Wahlausgang das ziemlich entscheidende Gewicht von Schmidt ausschlaggebend.

⁴⁴ Interview mit Regierungspräsident a.D. Dr. Sven von Ungern-Sternberg vom 29.5.2012.

⁴⁵ Schreiben Prof. Dr. Gerd Mielke vom 4.6.2012.

⁴⁶ Schreiben Bundesminister a.D. Rainer Offergeld vom 28.5.2012. Zu Schmidts Wahlhilfen „in den Provinzen des deutschen Südens“ siehe HANS-JOACHIM NOACK: Helmut Schmidt. Die Biographie, Berlin 2008, S. 241. Unrichtig ist die folgende Feststellung, wonach „sich die Entscheidung nach dem von Freiburg her bereits bekannten Muster [vollzog]. Helmut Schmidt wurde per Charterjet zu einer Wahlkampfveranstaltung vor dem entscheidenden zweiten Wahlgang bei der in Süddeutschland üblichen Oberbürgermeister-Direktwahl eingeflogen, und Offergeld gewann“, JOCHEN THIES: Helmut Schmidt's Rückzug von der Macht. Das Ende der Ära Schmidt aus nächster Nähe, Stuttgart 1988, S. 188.

⁴⁷ Schreiben Oberbürgermeister a.D. Alexander Vogelgsang, Böblingen, vom 2.4.2012. Ferner OTTO KÜHNLE: Ende einer 24jährigen Dienstfahrt für BB, in: Kreiszeitung Böblinger Bote vom 31.12.2010. Bevor er zum Oberbürgermeister gewählt wurde, war Vogelgsang Referatsleiter im Bundeskanzleramt, von 1983-1986 wirtschaftspolitischer Berater Schmidts.

Und ähnlich bewertete Oberbürgermeister Böhme das Motiv des früheren Regierungschefs: *Bundeskanzler Schmidt [...] hat den Einsatz im OB-Wahlkampf als Folge seiner loyalen Zusammenarbeit mit einem bisherigen Kabinettsmitglied betrachtet.*⁴⁸

Dieses Politikverständnis hatte zur Folge, dass zwischen dem Ende der Regierung Schmidt und dem Beginn der kommunalpolitischen Karrieren einiger Mitglieder und Mitarbeiter seines Kabinetts ein – (teil-)ursächlicher – Zusammenhang besteht.

Nach der Wahl

Den Dienstantritt des neuen Freiburger Oberbürgermeisters (Abb. 3) begleitete nicht nur die – erfolglose – Wahlanfechtung eines Mitbewerbers (der zunächst 37, im zweiten Wahlgang 35 Stimmen erreicht hatte),⁴⁹ sondern, wegen der zukünftigen personellen Konstellation im Rathaus, bisweilen offene Skepsis. Einerseits zeigte eine Fotomontage in der Konstanzer Zeitung „Südkurier“ Oberbürgermeister und Bürgermeister, beide durch einen „Riss“ voneinander getrennt – andererseits aber durch die Bildunterschrift schon, gleichsam im Ansatz, miteinander verbunden: *Nach der Wahl reichte Böhme ihm [von Ungern-Sternberg] die Hand zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“.*⁵⁰ Noch wirkten die Auseinandersetzungen des Wahlkampfes eine Zeitlang nach, erstaunlicherweise jedoch – in der Retrospektive – bei teilweise unterschiedlicher Wahrnehmung selbst in derselben Partei: Auf der einen Seite ein Wahlkampf nicht ohne „Ellenbogenstil“, zum anderen die Feststellung des CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, dass der „Wahlkampf [...] von beiden Seiten intensiv und sehr fair geführt worden sei“.⁵¹

Nach dem zweifellos schwierigen Wahlkampf, der nicht nur mit „Samthandschuhen“ geführt wurde, war es für beide Kommunalpolitiker nicht ganz einfach, über eine formelle Zusammenarbeit in ihren „Ämtern“ hinaus die persönliche Beziehung zu „normalisieren“. Dass dies im Laufe der Zeit gelungen ist, wurde von den einstigen Rivalen nicht nur bestätigt, sondern auch – öffentlich – beschrieben. Laut Oberbürgermeister a.D. Rolf Böhme kam nicht sogleich ein persönlicher Kontakt zustande. Aber „je länger im Amt, desto mehr besprachen wir jedoch unter uns die anliegenden Probleme und eine mögliche politische Linie zu ihrer Lösung. War eine Übereinkunft gefunden, vertraten wir jeder in seinem Bereich diesen Kurs. Das persönliche Wort galt wie ein offizieller Beschluss. Diese Vertrauenslage gab Ruhe und Gewissheit und war zum Vorteil für die Stadt. Baubürgermeister von Ungern-Sternberg war auch für das Baudezernat ein Glücksfall.“⁵² Nach einer Eingewöhnungsphase habe sich gezeigt, dass zwischen den beiden führenden Repräsentanten der Stadt Freiburg die „Chemie“ stimmte.⁵³

Erster Bürgermeister Sven von Ungern-Sternberg hatte nach seinen eigenen Worten in der gemeinsamen schwierigen Anfangszeit zu *knabbern*, doch sei bei ihm *kein lebenslanger Stachel* zurück geblieben. Für Oberbürgermeister Böhme sei ein *gutes, kräftiges Baudezernat* wichtig gewesen; dies bedeutete Rückhalt und Unterstützung für den zukünftigen Chef des Ressorts, zumal ein anderer Bürgermeister sich in Böhmes Augen nicht sonderlich loyal verhalten hatte.

⁴⁸ VOGELGSANG (wie Anm. 47); OFFERGELD (wie Anm. 46); BÖHME, Schreiben vom 24.4.2012 (wie Anm. 14). Allerdings berichtete das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (8/1982, S. 57), dass u.a. Kabinettsmitglieder aus Baden-Württemberg wie Rainer Offergeld und Rolf Böhme an einem Antrag für den Landesparteitag mitgewirkt hätten, „den Helmut Schmidt als massive Kritik an seiner Sicherheitspolitik verstand“.

⁴⁹ HEINZ-DIETER POPP: Was ist ein Amtsverweser?, in: BZ vom 16.11.1982.

⁵⁰ KARLHEINZ ZURBONSEN: Rolf Böhme – einer für wen? „Oberbürgermeister für alle“ vor Integrationsproblemen, in: Südkurier vom 20.10.1982. Allerdings endet dieser Artikel mit einer eher skeptischen Prognose: *So würde es nicht verwundern, wenn die Hoffnung ‚auf Kontinuität im Rathaus‘ mit den letzten Wahlprospekten begraben wurde.*

⁵¹ ERICH BAUER: Vertrauen über Parteigrenzen, in: Über Jahr und Tag (wie Anm. 21), S. 21.

⁵² BÖHME (wie Anm. 14), S. 75.

⁵³ BÖHME, Schreiben vom 24.4.2012 (wie Anm. 14).



Abb. 3 Offizieller Amtsantritt des neuen Oberbürgermeisters: FDP-Gemeinderätin Edith Goldschagg gratuliert Rolf Böhme, im Hintergrund der spätere SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Erler (StadtAF, K1/154 Nr. 37).



Abb. 4 Der Mann aus dem Finanzministerium will die Stadt sanieren: Banknote zur „Friburger Fasnet“ 1983 (StadtAF, K1/154 Nr. 37).

So entwickelte sich eine *berechenbare, verlässliche Zusammenarbeit*, ja eine *Art informale Große Koalition* im Freiburger Rathaus, die darauf beruhte, dass eingehalten wurde, was zuvor vereinbart worden war. Zu dem nach und nach entspannten Verhältnis an der Rathaus-Spitze trug laut von Ungern-Sternberg außerdem sein ausdrücklich erklärter Verzicht bei, ein zweites Mal für das Amt des Oberbürgermeisters zu kandidieren.

In einem Beitrag, der anlässlich der Verabschiedung Böhmes aus dem Amt des Freiburger Oberbürgermeisters erschien, würdigte Sven von Ungern-Sternberg den „Vorgesetzten“, Kollegen und einstigen politischen Konkurrenten, seine Leistungen und Verdienste in bemerkenswerter Weise: „Bei manchen Relativierungen im Detail, ja bei mancher Kritik [...]: Rolf Böhme wird in die Geschichte der Stadt Freiburg und unserer südbadischen Region als ein bedeutender, als einer der ganz großen Bürgermeister eingehen. Er hat vieles angepackt und bewegt. Die Bedeutung und die Qualität der Stadt Freiburg haben in seiner Ära erheblich zugenommen.“ So verlange dieser große Erfolg „Dank, Anerkennung, Respekt und hohe Wertschätzung“.⁵⁴ Und so wie der ehemalige Kanzler in späterer Zeit zu dem in seiner Wahlrede heftig kritisierten Außenminister Genscher wieder einen *normalen Umgang* zu pflegen begann,⁵⁵ so erwies der Konsensgedanke als ein bedeutsames Grundelement pluralistisch-demokratischer Praxis auch in der Freiburger Stadtpolitik seine Gültigkeit.

⁵⁴ SVEN VON UNGERN-STERNBERG: Dynamik und innere Stabilisierung, in: Über Jahr und Tag (wie Anm. 21), S. 248 und 253.

⁵⁵ Mitteilung Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt vom 29.5.2012.

